

Be k a n n t m a c h u n g.

Dem Vernehmen nach wird von dem Associations-Rechte ein ausgedehnter Gebrauch als bisher, hier am Orte gemacht, wiewohl dessen Belagerungszustand noch nicht aufgehoben worden ist. Bei den noch gereizten und kranken Zuständen in der hiesigen Provinz muß jedoch alles vermieden werden, was Veranlassung zu neuer Aufregung geben kann.

Der unterzeichnete kommandirende General erklärt daher, daß er zur Zeit nur die hieselbst bereits bestehenden politischen Gesellschaften duldet, nicht aber in die Bildung derartiger neuer Vereine willigen kann, bevor dieselben die Genehmigung der hiesigen Commandantur nachgesucht und erhalten haben.

Pöfen, den 8. Juli 1848. Der inter. kommandirende General v. Brünne.

Be k a n n t m a c h u n g.

Zur Vermeidung unnöthiger Correspondenzen und zeitraubender mündlicher Verhandlungen macht der Unterzeichnete das hiesige Publikum damit bekannt, daß er höhern Orts noch nicht dazu bevollmächtigt worden ist, gegen die hiesigen politischen Gefangenen Untersuchungen führen zu lassen, und ihm hier nach keine Befugniß zu ihrer Ueberweisung an die betreffenden Civil-Gerichte, oder zu deren gänzlicher Entlassung aus dem Gefängniß, zusteht.

Pöfen, den 8. Juli 1848. Der inter. kommandirende General v. Brünne.

J u l a n d.

Berlin, den 6. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Regierungs-Präsidenten Kühlwetter, unter Ernennung desselben zum Staats-Minister, die bisher interimistisch von ihm geführte Leitung des Ministeriums des Innern definitiv zu übertragen; dem Staatsminister Rodbertus die nachgesuchte Dienstentlassung in Gnaden zu ertheilen und die Leitung des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten interimistisch dem Ministerial-Direktor, Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath v. Eadenberg, zu übertragen.

Pöfen, den 7. Juni.

Welch unangenehm abschließendes Bild giebt diese Berliner konstituierende Versammlung, gehalten gegen die in Frankfurt! Am Main Beredsamkeit, Intelligenz, Ernst, Vaterlandsliebe, Klarheit, Entschiedenheit: auf einem neu geschaffenen Boden hatten sich die Träger der extremsten Ansichten zusammengefunden, erkannten einander rasch, die Gleichgesinnten scharten sich zusammen und die einzelnen Parteien forderten sich, in wichtigen Fragen hatte sich eine kompakte Majorität gebildet, und in bedeutsamen Momenten waren einzelne Parteien für die große Sache zu Opfern bereit; die ultra-radikale Fraktion, am Anfang mit so kühngehobenem Haupt, bekam bald Beweise ihrer Schwäche und das vereinzelte Sondergeliß auf der Rechten wagte kaum aufzutreten; mit Glück griff die Versammlung ein, und dekretirte sich mit Annahme des Ravaurischen Antrages ihre gesetzgebende Gewalt, ohne sich durch den Rißischen Vorschlag über Mainz verleiten zu lassen und in die Exekutiv überzugeben, faste einen die Regierungen schonenden Beschluß über Schleswig-Holstein und trat mit Kraft in der Triestiner Angelegenheit auf; den Böhmen ließ sie am Anfang durch Nachgiebigkeit, später durch Strenge Gerechtigkeit widerfahren, und that endlich — den ersten geeigneten Schritt für die gesetzmäßige Umgestaltung der Reichsverfassung durch die Wahl eines Reichsverwesers. Aus allen Beschlüssen blüht ebenso Entschiedenheit wie parlamentarischer Takt hervor, der ohne im Princip nachzugeben in der Ausführung soviel wie möglich Schonung und Rücksicht dem Bestehenden gegenüber walten läßt. — Was hat die Berliner konstituierende Versammlung hiergegen zu bieten? Auf welche Männer, auf welches Streben, auf welche That weist sie in ihrem siebenwöchentlichen Bestehen? Haben sich Parteien geordnet, und hat die eine siegreich der aus ihr gebildeten Verwaltung das Banner vorgetragen und mit einer entscheidenden Majorität für ein Princip gekämpft? Oder hat die Versammlung thatkräftig aus dem zerrütteten Zustand, in den uns die Revolution versetzt hat, einen neuen Bau aufzuführen begonnen? Oder hat sie hierzu wenigstens festen Willen gezeigt?

Alle diese Fragen müssen mit dem entschiedensten Nein beantwortet werden. Arm an Capacitäten, ärmer noch an bekannten Namen ist die Berliner Versammlung ins Leben getreten, und der trübe Eindruck, den sie ursprünglich machte, hat sich im Verlaufe der Zeit nur noch verstärkt. Da war nicht das Streben nach Vereinigung, das auch die Schwachen stark macht, nicht die Lust am Schaffen, die mitunter im Kleinsten sich regt und bei unscheinbaren Anfängen zu Größerem führt, nicht der Wille zur That, der allein schon erhebt und fördert. Aber auch nicht die Stimme des Vaterlands, die sich anklagend gegen sie erhoben hatte, redete den Männern ins Herz, ohne Wirkung blieb das Beispiel, das das Frankfurter Parlament ihnen bot: und noch besteht der traurige Ruhm des Berliner Hauses im Zerstören, noch erfaßt es seine Aufgaben im Schwächen der Verwaltung, statt zu erkennen, daß jede weitere Schwäche zum Verderben führt, noch zeigt sich keine nach irgend einer Seite ausschlagende Thätigkeit, noch jene Atomisirung der Kräfte ohne allen Schwerpunkt, und nur die bekannte traurige Interpellations-Geschicklichkeit ist rege, mit der ein Ministerium vernichtet wurde, das wie der Geist Gottes über diesen Tiefen schwebte, und mit der man ein neues zu vernichten droht, da kaum es ins Leben getreten ist.

Und was für ein Bild geben diese sogenannten Parteien des Berliner Hauses. Eine stumpfsinnige, unzuverlässige, ungeschickte Rechte, mit ultramontanen Elementen, den Preussischen Insulanten, den Pommerschen und Schleßischen Kossäthen; eine äußerste Linke gebildet aus den Freunden des demokratischen Klubs, aus einer anderen Reihe Ultramontanen, aus einer Polenpartei und allen denen, die am liebsten den Staat ganz aufgelöst sehen möchten, und nun endlich das Centrum, die einzige Vereinigung gesünderer Kräfte, das durch kompaktes Zusammenhalten und kühnes Auftreten den Ausschlag geben könnte, in Koterien gespalten und noch mit einem Programm beschäftigt!

Alle Namen des vorigen Landtags von Bedeutung fehlen; die Nation scheint ihre Intelligenz nach Frankfurt deputirt zu haben. Wer ersetzt nun die Sacken, Vinke, Mevissen, die Sperling, Beckerath? Man hatte sich ihrer absichtlich erledigt. In Frankfurt schienen diese „Ideologen“ ungefährlicher, in Berlin mußte man neue Personen zu radikaler Umgestaltung haben. Oder ist das Streben der Umsturzpartei vor den Wahlen ganz vergessen? Kennt man die Intriguen nicht, die fast überall jedem Manne von Bedeutung entgegengesetzt wurden? Ist es ja notorisch, daß in vielen Landkreisen falsche Kabinets-Ordres verbreitet waren, in denen der König den Tagelöhnern rieth, keinen Gutsbesitzer, Bürger, Bauern, sondern nur Tagelöhner zu wählen; die Umtriebe sind nicht minder bekannt, mit denen der Sinn der armen Leute berückt wurde, die communisistischen Vorspiegelungen, welche einzelne Candidaten ihren Wählern machten, und der Grund ist dann zu errathen, wie so das erste Preussische Parlament die Pommerschen Dienstleute, die geistlichen Proletarier aus Preußen, jenen Gleiwitzer Abgeordneten, der das schöne Schreiben an seine Lubliner Wahlmänner richtete, unter sich zählt, wie so der Märkische Abgeordnete in der Versammlung sitzt, der seinen Wählern drei Morgen Wiesen zu bewirken versprach, wie so endlich jene ultramontane Partei so zahlreich und stark vertreten ist, daß sie durch ihr Wegbleiben bei der Abstimmung das Ministerium Camphausen stürzen konnte.

Wie wies nicht alle Nothwendigkeit diesmal auf ein einiges, tüchtiges, thatkräftiges Parlament hin! — Alle auf der Hand liegende Gründe bei Seite gelassen, schon die eine Rücksicht auf Frankfurt. Dort zielt man auf die deutsche Einheit, und hat eben einen starken Schritt sie zu erlangen, gethan. Ueberall hatte sich der Reid gegen Preußen geregt, auch in Frankfurt waren die Parteien geneigt, uns Schläge beizubringen. Und was thaten die preussischen Abgeordneten? Alle, die nicht zur republikanischen Partei gehören, stimmten für Johann; 164 Preussische Abgeordnete mit der edelsten Resignation für einen Oesterreichischen Erzherzog! Vinke hatte ihnen den Weg dazu gezeigt und durchblicken lassen, das Berliner Cabinet sei zu dem Opfer geneigt. Aber jede Aufopferung hat ihre Grenzen, es müssen diese festgehalten werden, denn drüber hinaus ist die Ehre gefährdet. Eine Probe unsers ächt deutschen Sinnes ist geliefert: der Frankfurter republikanischen äußersten Linken sowohl wie dem bairischen Partikularismus der Rechten, zur Schadenfreude. Wir müssen uns aber besinnen, ob wir nicht durch jede weitere Nachgiebigkeit denen in die Hände arbeiten, die, um die rechtliche Ordnung in Deutschland nicht aufkommen zu lassen, Preußen auflösen wollen. Wir dürfen am Allerwenigsten vergessen, daß dieser Großstaat Preußen doch für alle Zeiten die Stütze Deutschlands bleiben wird, daß in ihm alle Elemente dazu sich zusammenfinden. Das wissen unsere Feinde selbst am Besten. Ihre Bestrebungen aber werden ungemein gefördert, wenn die Berliner konstituierende Versammlung noch länger in dieser apathischen Stellung verharrt, die nur zur Auflösung führt. — Je nachgiebiger wir in Frankfurt sind, desto entschiedener müssen wir zu Hause sein, je mehr wir in Frankfurt Deutschland im Auge haben, um so mehr müssen wir uns durch die Berliner Versammlung kräftigen, um so mehr müssen wir zusammenhalten, was die reiche Erbschaft großer Zeiten uns gebracht hat, unser staatliches Leben, denn die Tage werden kommen, wo Preußen bey dem Ausfall geben, wo es ohne Reid die geistige Herrschaft in Deutschland führen wird, zu der es einmal wie kein Anderer berufen ist.

P* Berlin, den 5. Juli. Bei der Juli-Revolution einigten sich die Parteien bekanntlich zuletzt in Anerkennung Ludwig Philipps, indem die Einen ihn annahmen, weil er ein Bourbon sei, die Andern aber obgleich er ein Bourbon sei. Diese Frage aber über das parceque und quoque hat auch jetzt bei der Umgestaltung Deutschlands eine Rolle gespielt. Der deutsche Reichsverweser ist gewählt, er ist aus fürstlichem Stande gewählt, ist sogleich anerkannt von den Fürsten wie von den Völkern Deutschlands. Es wird hoffentlich ein glücklicher Griff sein, der in der Urne des Schicksals gethan ist, bis jetzt hat es allen Anschein dazu.

Glücklich ist der Griff, gerade weil der Gesichtspunkt des parceque quoque hier geltend gemacht werden konnte, und durch ihn zugleich das einfachste Mittel geboten wurde, die verschiedensten Interessen zu versöhnen, Throne und Völker zu befriedigen und wenigstens für die ohnedies schon stürmisch erregte Gegenwart einen Hauptstoff unendlicher Zerwürfnisse zu beseitigen.

Glücklich ist der Griff aber auch, daß ein österreichischer Fürst erwählt ist. Wie sehr jeder Preuze auch hätte wünschen mögen, einen Preußen an der Spitze Deutschlands zu sehen, verhehlen dürfen wir uns doch nicht, daß bei der noch immer gereizten Stimmung von Süddeutschland, bei der dort vielfach herrschenden und offenen ausgesprochenen Abneigung gegen Preußen, wie ungerechtfertigt dieselbe auch ist, es doch weise gehandelt scheint, einen Fürsten aus dem Hause Oesterreich jetzt gewählt zu haben. Oesterreich hat bisher als erste Macht in Deutschland gegolten, hat den Vorsitz beim Bundestage gehabt, führt den Kaisertitel. Es ist jetzt gebrochen und Preußen ist thatsächlich jetzt an seine Stelle getreten. Wenn dessen ungeachtet die preussischen Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung, in der sie eine imposante Masse bilden, einen österreichischen Fürsten gewählt haben, so haben sie dadurch ein Opfer für das Wohl Deutschlands gebracht; sie haben bewiesen, daß sie bereit sind, die Sonderinteressen hintenan zu setzen, wo es gilt, das Ganze zu retten, ohne darum aber die Ehre der Selbstständigkeit im geringsten aufs Spiel zu setzen; sie haben bewiesen, wie ungerecht der süddeutsche Vorwurf ist, daß Preußen überall nur egoistische Zwecke verfolge. Hätte Preußen nicht das Wohl des Ganzen, den Frieden und Einheit Deutschlands im Auge gehabt, es hätte leicht die Erhebung eines preussischen Fürsten durchsetzen mögen,

es hätte rechnen können auf Mecklenburg, Holstein, Braunschweig, Nassau, die sächsischen Herzogthümer, ja auf einen großen Theil der Stimmen des nördlichen Baierns (Auspach, Baireuth, Nürnberg u. s. w.) wo der preussische Namen mit Begeisterung genannt wird. Aber es ist bekannt, daß unser König selber die Wahl des Erzgroßherzogs Johann begünstigt hat. Dies freiwillige Zurücktreten Preußens muß im Süden die günstigste Stimmung hervorbringen, und schon laufen von einzelnen Punkten wirklich die bestätigenden Nachrichten darüber ein.

Ein glücklicher Griff ist Johanns Wahl endlich, daß es gerade dieser Fürst ist. — Es ist ein hochbetagter Herr (1782 geboren) und dem Alter bringt selbst die Majestät ungeschont eine Hulbigung dar. Es ist ein tapferer Held, man erinnere sich der Kriege Oesterreichs gegen Napoleon. Es ist ein bürgerlicher Fürst, er hat ein einfaches Tyrolerkind zur Gemahlin. Es ist ein freisinniger Mann, während Metternichs Zeit mußte er der Regierung fern stehen. Es ist ein edler Deutscher, schon vor Jahren sprach er, vereint mit unserem Könige, die heißesten Wünsche für die Einheit Deutschlands aus.

†† Berlin, den 5. Juli. Das neue Ministerium zieht die Zügel der Verwaltung etwas straffer an, ob es auf die Länge hierin fortfahren und auf der Bahn der Entschiedenheit verharren wird, muß noch in Frage bleiben. Es fehlt noch der wohlthuende Eindruck aller geschehenen Maßregeln, Zeichen genug, daß man in den Zuständen, wenn sie auch im Augenblick gescheiter aussehen, nicht die Gewähr für eine wirkliche Beruhigung findet. Am meisten Achtung hat sich der neue Justiz-Minister, Herr Maerker durch sein thatkräftiges Einschreiten verschafft. Er hat namentlich an die beiden Staatsanwälte die bestimmte Aufforderung ergehen lassen, gegen die Preßübergriffe, die bisher in ihren maßlosten Ueberschreitungen ungerügt blieben, mit aller Kraft und Nachdruck einzuschreiten. So sind in der neuesten Zeit mehrere Schriften, die Beleidigungen der königlichen Person enthalten, mit Anklage belegt worden und in einzelnen Fällen ist bereits die Verurtheilung erfolgt. Man hat keine Ahnung von der Menge der Schandschriften, die im Augenblicke die Berliner Presse erzeugt; die bekannten falschen Extrablätter des Staats-Anzeigers und der Vossischen Zeitung sind noch ohne Bedeutung gegen die Sendezeiten, die täglich umhergestreut werden, gegen die jeder Sittlichkeit hohnsprechenden Flugblätter, die in Winkelpressen gedruckt, von geschickten Colportieren ausgedoten und mit Oer von den untersten Klassen aufgekauft werden. So wird systematisch auf die Verderbung dieser Klassen hingearbeitet. — Den politischen Preßüberschreitungen gegenüber verhielten sich die beiden Staats-Anwälte Lemme und Kirchmann bekanntlich aller Aufforderungen ungeachtet ganz passiv und ganz besonders hat sich in der letzten Zeit die Stimme des Publikums gegen den Letzteren gewandt, seitdem in den jüngsten Tagen gerade Herr Lemme etwas mehr Spuren reger Amtspflicht zeigte. Der Justizminister hat sich veranlaßt gesehen, beiden Männern in der schonendsten Weise Urlaubsbewilligungen zugehen zu lassen, die diese indeß nicht angenommen haben. Beide Herren sind, wie bekannt, Mitglieder der National-Versammlung. Es tritt nur namentlich bei Herrn Kirchmann, der auf einer sehr äußeren Parteiseite steht, der Fall ein, daß er in Handlungen, die eine objektive Auffassung des Gesetzes unbedingt strafbar finden muß, eine zu rechtfertigende Ausübung persönlicher Freiheit erblickt. Jedenfalls bleibt diese Auffassung der richterlichen Gewalt Seitens einer mit so bedeutender Rechtsmacht bekleideten Person, wie Kirchmann ist, sehr zu bedauern, und bei dem entschiedenen Konflikt, in dem er sich mit der Ansicht der bedeutenden Mehrheit befindet, bei der Verbindlichkeit, die er in seiner Stellung der Gesellschaft gegenüber hat, ist vielleicht ein freiwilliges Aufgeben seines Amtes das ehrenvollste und einzige Mittel zur Lösung des unangenehmen Verhältnisses. Das Zeugniß eines Ehrenmanns wird ihm dann Jedermann um so bereitwilliger geben.

Berlin, den 6. Juli. Wir erhalten die für die innere Verwaltung unseres Staats sehr wichtige Mittheilung, daß das Ministerium des Königl. Hauses unter dem Fürsten von Wittgenstein demnächst aufgelöst werden wird. Die einzelnen Departements desselben sollen den übrigen Ministerien zugewiesen werden. Es scheint dabei der Gesichtspunkt mit leitend gewesen zu sein, daß es im konstitutionellen Staate kein unverantwortliches Ministerium geben dürfe, daher das Ministerium des Königl. Hauses als solches, seiner Natur nach, nicht durchweg unter den Gesichtspunkt ministerieller Verantwortlichkeit gebracht werden kann.

— Ueber den Grund des Ausscheidens des Herrn Robertus aus dem Ministerium sind verschiedene Gerüchte in Umlauf. Am wahrscheinlichsten ist es, daß die augenblickliche Lage der kirchlichen Verhältnisse, insbesondere die Abhängigkeit der Kirche zum Staat, ihn bestimmt hat, seine Stellung aufzugeben. Doch wird von anderen Seiten auch die Deutsche Frage als Grund angegeben, indem Hr. Robertus darüber mit seinen Kollegen in Differenz gerathen sein soll.

— Die Arbeiter an der Charlottenburger Schleuse haben vorgestern den Versuch gemacht, die dortige Dampfmaschine zu zerstören. Da man die Wiederholung ähnlicher Excesse zu besorgen hatte, sind die nöthigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden.

Berlin, den 6. Juli. Der Londoner „Express“ vom 1. Juli versichert: Mit dem Dampfer „Lion“ erhalten wir so eben über Hamburg eine Depesche, welche uns anzeigt, daß der Frieden zwischen Dänemark und dem Deutschen Bunde hergestellt ist.

Frankfurt a. M., den 3. Juli. 29. Sitzung der Deutschen National-Versammlung am 1. Juli. (Schluß) Nächster Gegenstand der Tagesordnung war die Wahl Hecker's in Thingen. Nach einem der Versammlung durch Verlesung mitgetheilten Schreiben des Großherzoglich Badischen Staats-Ministeriums ist am 7. Juni der ehemalige Abgeordnete der zweiten Badischen

Kammer, Friedrich Hecker, mit 77 Stimmen bei 134 Wahlmännern zum Abgeordneten zur Deutschen National-Versammlung gewählt worden. Bei der Offenkundigkeit des Hecker'schen hochverrätherischen Unternehmens, welches von dem über die Grenze geflohenen Urheber noch fortgesetzt wird, entsteht nun die Frage, ob und wie der Wahlbezirk Thingen anderwärts vertreten werden soll. Nach beendeter Debatte beschloß die Versammlung, für die Wahlen von Thingen und Konstanz einen besonderen Ausschuss zur Begutachtung niederzusetzen und demselben die Ermächtigung zur Kommunikation mit Behörden etc. zu ertheilen.

Bezüglich der Oesterreichisch-Slavischen Frage nahm zuerst von Veisler als Berichterstatter das Wort. Die verschiedenen in neuerer Zeit eingegangenen Anträge haben dem Ausschuss keine Veranlassung gegeben, seinen früheren Antrag zu modifiziren. Dieser lautet: 1) bezüglich der Wahlen in Böhmen und Mähren. Es sei die Oesterreichische Regierung aufzufordern, die in den Deutsch-Slavischen Reichslanden des Oesterreichischen Staates noch rückständigen Wahlen zur Volksvertretung in Frankfurt unverzüglich und förmlich anzuordnen, den Wahlact gegen störende Einwirkungen zu schützen, bereits gewählte noch abwesende Abgeordnete zum Antritt ihrer Bestimmung anzuweisen oder nöthigenfalls Ergänzungswahlen vornehmen zu lassen. Uebrigens erklärt die National-Versammlung in der Voransetzung, daß die Oesterreichische Regierung die Interessen Deutschlands wahren werde, ihre Unterstützung in der hierzu führenden Maßnahme; 2) bezüglich der Prager Ereignisse und des von Berger und Schilling gestellten Antrages (es sei die hohe Bundes-Versammlung sogleich aufzufordern, zum Schutze der Deutschen Bewohner Böhmens den Einmarsch Bayerischer und Sächsischer Bundestruppen nach Böhmen zu verfügen) geht der Antrag des Ausschusses dahin: die National-Versammlung wolle erklären: „durch die von dem Bundestage getroffenen Einleitungen sei Alles geschehen, was die Lage des Augenblickes fordere, und die National-Versammlung werde der Oesterreichischen Regierung in allen ihren Maßnahmen zum Schutze der von der Czechischen Partei angegriffenen Deutschen in Böhmen im Falle Bedürfnisses die kräftigste Unterstützung gewähren. v. Radowitz geht die verschiedenen Systeme durch, die man bei Staatenbildungen aufgestellt hat, zuerst das der Territorialität, dann unter Napoleon das der natürlichen Grenzen, jetzt das Prinzip der Nationalität. Bei Allem scheinen die Deutschen zu kurz kommen zu sollen, jetzt bei dem letzten in seiner engsten Auffassung, als ob ein großes Volk das nothwendige Bedürfnis seiner Grenzen auf sein Sprachgebiet beschränken könnte. In Schleswig, wo kein Dorf abgerissen werden sollte, wird Deutschland die Hälfte abverlangt, weil die Bewohner Dänisch sprechen. Die Hälfte von Posen ist aus gleichem Grunde verloren und Deutschland einem Kriege nahe gebracht, über dessen Schwere sich Viele noch nicht klar sind, über den man sich aber vergegenwärtigen sollte, daß es ein Krieg wäre, der Deutschland zum Schauplatz des Zusammenstoßes der östlichen und westlichen Nachbarn machen würde. Man hat Deutschland die Abtretung von Belschtyrol angedroht, was so viel heißt, als die Thüre des eigenen Hauses abzutreten. Wenn Deutschland seinen Einfluß in Italien aufgibt, so wird sich Frankreich und England hinein theilen. In Böhmen wird Ähnliches begehrt. Frühere Beschlüsse haben die Czechen kühn gemacht; zuerst kam Sonderung, dann Aufrüst, der unterdrückt worden ist; Deutschland wird nicht gesonnen sein, die 600-jährige Verbindung zerreißend zu lassen; dem Trennungsgelüste muß ein Ziel gesetzt werden. Dazu wird dienen, die Wahlen durchzuführen, und dafür muß Deutschland offen aussprechen, daß es sein Gewicht in die Waagschale wirft. Der Redner weist auf die Aufstellung von zwei Truppen-Korps, eines Sächsisch-Preussischen von etwa 20,000 Mann und eines Bayerischen von etwa 10,000 Mann an der Grenze hin, welche in 6 Tagen von hier die Befehle zum Einrücken erhalten können. Der Antrag des Redners geht dahin, die Bundes-Versammlung zu veranlassen, die Kaiserl. Oesterreichische Regierung aufzufordern, ihrer Bundespflicht zu genügen und zu sorgen, daß innerhalb 14 Tagen die Wahlen zur National-Versammlung in Böhmen stattfinden; erklärt sich die Regierung außer Stande, so wird ihr Bundeshülfe zugesichert und in Bereitschaft gehalten. Neugebauer von Luditz in Böhmen giebt einen Rückblick auf die neuen Ereignisse. Die Oesterreichische Regierung hat mit den Slavischen Bestrebungen geliebäugelt; ein Oesterreichischer Minister sagte einer Oesterreichischen Deputation, ob es nicht möglich sei, daß Oesterreich in Zukunft ein vorzüglich Slavisches Reich werde. Warum schreibt man die Wahlen jetzt noch nicht aus? Man wollte die Aufrechterhaltung amnestiren, und nur das energische Auftreten eines Mannes hat den Fortgang der Untersuchung bewirkt. Es ist Russisches und Polnisches Geld im Spiele. Der Redner will übrigens jetzt der Regierung Zutrauen schenken, und da es der Mehrheit Ansicht scheint, das Experiment machen. v. Rösler aus Wien: Die Deutschen haben ein Recht in Böhmen; sie waren seit Jahrhunderten die fleißigsten Bebauer des Bodens. Ruge vertheidigt das Minderheitsgutachten. Er geht davon aus, daß der politische Standpunkt festgehalten werden muß, und daß den Behörden gegen jeden Versuch der Störung zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung Unterstützung gegeben werden müsse. Giskra verlangt Festhaltung des nationalen Standpunktes und entscheidet sich für das Mehrheitsgutachten. v. Neuwalt: Die Czechische Partei ist auf dem platten Lande mehr als je diskreditirt. Man will lieber beim konstitutionellen Oestreich bleiben, als einer zweifelhaften neuen Bildung angehören. Berger: Es kommt auf die gegenwärtige Lage Böhmens an. Wer ist Sieger? das wird Fürst Windischgraz am besten sagen. Der Sicherheits-Ausschuss von Wien hat eine Deputation nach Prag geschickt, welche von Oesterreichischen Soldaten mit der Begrüßung: „Deutsche Gunde“ empfangen worden ist. Man hat sie mit Grenadieren bewacht und

sie erhielten die Antwort von Windischgrätz: „Anderwo hat die Revolution ge-
siegt, hier ich, und ich bin der Diener meines Kaisers.“ (Unterbrechung.) Die
Östern und Deutschen befinden sich der Reaktion gegenüber, und beide müssen
geschützt werden. Damit ist die Deutsche Sache nicht aufgegeben. Die Wahlen
müssen vorgenommen werden, aber nicht mit Waffengewalt, sondern durch Be-
lehrung. Der Redner nimmt seinen früheren Antrag zurück, ist gegen Aufnahme
der Erklärung, daß der Bund bereits Alles gethan habe, und verlangt, daß in
den Kommissions-Antrag No. 1 aufgenommen werde: „durch zweckmäßige Be-
lehrung für die Vornahme der Wahlen zu wirken.“ Bei der während der letzten
Rede wiederholt verlangten Abstimmung wurde der Radowizsche Antrag abge-
lehnt und der Ausschuss-Antrag in seiner ursprünglichen Fassung angenommen.
Auf Hartmann's Antrag wurde bestimmt, der Exekutiv-Gewalt die Berücksich-
tigung des Bandes zwischen Deutschland und Ungarn als eine dringende Sache
zu empfehlen. Auf v. Lindenau's Vorschlag wird ein eigener Ausschuss zur
Vorbereitung des Gesetzes über Verantwortlichkeit der Reichs-Minister niedergesetzt.

Wien, den 3. Juli. Am 25. Juni Morgens erhielt Erzherzog Johann
von Frankfurt die gewisse Kunde, daß die Würde eines Deutschen Reichsverwesers
ohne Frage auf ihn übergehen würde. Diese Nachricht hat den Fürsten, wie
wenig sie denselben auch unvorbereitet treffen konnte, tief erschüttert und im In-
nersten bewegt. Die Stellung, worin sich das neue Reichsoberhaupt den Deut-
schen Regierungen und Völkern gegenüber wenigstens in den ersten Jahren be-
finden wird, ist eine so schwierige, so kritische und bei den immer entschiedener
hervortretenden republikanischen Tendenzen so bedrohliche, daß ein präsumtives
Deutsches Oberhaupt vor der Kluft, die sich zu seinen Füßen öffnet, und die er
durch eben so viel Muth als Klugheit auszugleichen hat, gar wohl zurückschaubern
mag, ganz abgesehen davon, daß Erzherzog Johann durch das Vertrauen seines
kaiserlichen Vaters in seinem nächsten Heimathslande kaum eben eine Mission
angetreten hat, die hinsichtlich der zu lösenden Verwickelungen nicht minder schwierig
ist, als die Schlichtung der allgemeinen Deutschen Wirren. Wir glauben indeß,
daß bei Erzherzog Johann der fernige Deutsche Sinn, verbunden mit hoher Gei-
steszueignung und Entschlossenheit, über alle Bedenklichkeiten den Sieg davontra-
gen und derselbe die oberste Reichswürde annehmen werde, und hoffen zugleich,
daß sein Abgang nach Frankfurt, der dann nicht mehr in weiter Ferne stehen
könnte, der unmittelbare Anlaß zur sofortigen Rückkehr des Allerhöchsten Hofes
nach Wien sei — eine Rückkehr, die dann eine unabsehbare Nothwendigkeit wäre.

Den 1. Juli Abends veranlaßte in der Rärnthnerstraße ein Betrunkener
bedeutendes Aufsehen. Er gab sich für den Kaiser aus und ver-
langte unter Lärmen Ehrenbezeugungen von den Vorüberge-
henden. Erst am Stodimeisenplatz, wo er sich an einem Municipal-Garden
vergriff, gelang es den Ungeheubigen festzunehmen.

A u s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 2. Juli. In der gestrigen Sitzung der National-Versam-
mlung berichtete Babinet über die Petition, welche die Schließung aller Klubs zum Zweck hat.
Montandon aus Limoges und Antonin aus Paris verlangen Wiedereinführung
der Ehescheidung; Herr Bart aus Paris geht noch etwas weiter, er verlangt Er-
laubniß der Vielweiberei. Die Erörterung dieser Petition rief allgemeines Ge-
lächter hervor. Brun-Lavainne bringt auf Einführung eines industriellen Geset-
buchs. König aus Colmar will, daß man das Budget der Kulte abschaffe und
den Renten-Inhabern keine Zinsen mehr zahle; daß die Versammlung die soziale
Frage entscheide und durch Reformen im öffentlichen Unterricht eine wahrhaft na-
tionale und originelle Literatur begründe. Man lacht und geht zur Tagesordnung
über. Wolowski überreicht eine Petition sämtlicher Pariser Tischlermeister, wo-
rin sie auf Wiederherstellung der alten Arbeitszeit, also auf Abschaffung des De-
krets der provisorischen Regierung vom 1. März dringen. Ein gewisser Remice
aus Korsika spricht in einer Petition den Wunsch aus, Louis Napoleon an der
Spitze der Republik zu sehen, sei es als Konsul, sei es als Kaiser. (Schallen-
des Gelächter.) Er verlangt auch, daß man Napoleon's Statue im Kaiser-Ko-
stüm auf der Vendomesäule wiederaufstelle. (Eine Stimme: Das ist auch eine
Petition, über die gar nicht erst hätte Bericht erstattet werden sollen.) Die Ver-
sammlung geht zur Tagesordnung über. Herr Sonin verlas sodann im Namen
der Finanz-Kommission einen Gesetz-Entwurf, welcher als monatlichen Gehalt
dem Präsidenten des Minister-Conseils 10,000 Fr., jedem Minister in Aktivi-
tät 5000, jedem der früheren Mitglieder der vollziehenden Kommission pro Mo-
nat der Amtsdauer 5000 und dem Sekretair dieser Kommission eben so 3000
Fr. zuweisen soll. Der Präsident zeigte der Versammlung an, daß das Be-
finden des verwundeten General Damesme so befriedigend als möglich, dagegen
aber der Zustand des General Duvisier sehr bedenklich sei. Die Erörterung über
das Municipalgesetz wurde hierauf fortgesetzt. Nach einigen weiteren Debatten
und Amendements-Vorschlägen wurde schließlich der ganze Artikel in folgender Zu-
sammenfassung angenommen: „Die Maires und Adjunkten werden von dem Ge-
meinderath ernannt und aus seinem Schoß genommen. Die Maires und Ad-
junkten können mittelst Beschlusses des Präfecten suspendirt werden; absehbare sind
sie nur durch Entscheidung der vollziehenden Gewalt. Die Suspension darf nicht
länger als drei Monat dauern. Abgesetzte Maires und Adjunkten können wäh-
rend eines Jahres nicht wieder gewählt werden. Für die Haupt-Bezirks- und
Departements-Orte werden die Maires und Adjunkten von der vollziehenden Ge-
walt aus der Zahl der vom Gemeinderath ausgewählten Mitglieder gewählt. Die

Maires und Adjunkten der Gemeinden von mehr als 6000 Seelen werden von
der vollziehenden Gewalt ernannt.“ Eine Stimme: „Mit Vorbehalt einer an-
deren Fassung, denn dies Alles ist sehr verworren!“ Die weitere Diskussion des
Gesetz-Entwurfs wurde darauf vertagt, und die Versammlung beschloß noch,
der auf morgen (Sonntag) 8 Uhr Morgens anberaumten Musterung der seit der
ersten Revue noch in Paris angekommenen Nationalgarben in pleno beizuwohnen.

Herr Cormenin, Vice-Präsident der National-Versammlung, hat im
Auftrage Cavaignac's die Gefängnisse und Spitäler in Paris besucht und über den
Zustand der Verwundeten und Gefangenen schon mehrere Berichte erstattet. Auf
seinen Antrag sind viele Gefangene in gesündere Lokale gebracht und mit Stroh,
Weinessig und Anderem versehen worden. Unter den Gefangenen sind ziemlich
viele Buben von 10 bis 12 Jahren; sie sollen baldigst verhört werden. Die
Mehrzahl der Gefangenen ist bereits während der letzten Nächte in die Forts ge-
bracht worden. Die Gazette des Tribunaux giebt die Gesamtzahl auf
6000 an, worunter auch manche Weiber und über 100 Studenten, so wie eine
ziemliche Menge früherer Mitglieder der republikanischen Garde und der Mobil-
garde sich befinden. Unter den gefangenen Arbeitern, die größtentheils Auslän-
der sind, bemerkt man viele Schneider. Der Marineminister hat Befehle zur
Ausrüstung der zum Transporte der gefangenen Insurgenten nöthigen Schiffe ab-
geschickt; dieselben sollen ein Geschwader bilden und unter dem Befehle eines
Contre-Admirals stehen. Der Peuple Constituant von Lamennais macht
den Vorschlag, daß man die gefangenen Insurgenten, statt sie zu transportiren,
als Vortrab der Italienischen Armee verwenden sollte. In einer Kasematte des
Forts Juvy hat man 500 Gefangene untergebracht. Die Wache hat Befehl,
beim ersten Entweichungs-Versuche zu feuern. Mehrere der Gefangenen, die
bei dem Flucht-Versuch auf dem Carousselplatz verwundet wurden, sind gestern
in den Tuilerieen gestorben. Auch unter der Nationalgarde sind zwei neue Sterbe-
fälle vorgekommen.

Herr Lalanne, der Direktor der National-Verksstätten, erklärt in den
Journalen seine Geldsendungen während des Aufstandes an die Arbeiter der Na-
tional-Verksstätten dadurch, daß er dies gethan, damit nicht Hunger sie zum
Aufbruch zwinge.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats- Verfassung.

Die Fünfundzwanzigste Sitzung, vom 4. Juli,
beginnt um 10½ Uhr, wie gewöhnlich, mit Verlesung des Protokolls durch den
Sekretair Abg. Hausmann. Die Annahme desselben erregt keinen Wider-
spruch.

Mit einem Schreiben des Ministeriums ist der Gesetzentwurf wegen Auf-
hebung des eximirten Gerichtsstandes eingegangen. Derselbe erstreckt sich auf
alle Criminal-, fiskalische und Injurienfälle. Der Wortlaut desselben wird
mitgetheilt, so wie die Abtheilungen ersucht, die Berathung desselben sofort
vorzunehmen.

Ministerpräsident v. Auerswald zeigt an, daß der Kultusminister Rod-
bertus seine Entlassung eingereicht habe und daß dieselbe von des Königs Ma-
jestät angenommen worden. Die Gründe dieses Entschlusses seien in einer nicht
möglichst langen Differenz zwischen dem v. A. und den übrigen Ministern in Be-
treff des nach Einigkeit ringenden Deutschlands zu suchen. Das Staatsmini-
sterium würde noch in der heutigen Sitzung Gelegenheit haben, seine Auffassungs-
weise dieses Gedankens und der daraus folgenden Konsequenzen der Versamm-
lung darzulegen. Bis zur definitiven Wiederbesetzung des erledigten Portefeuille
wird der Ministerial-Direktor v. Ladenberg die bezüglichen Geschäfte leiten.
(Links: Murren.)

Hr. Rodbertus: Differenzen in der deutschen Frage veranlaßten meinen
Austritt aus dem Ministerium. Derselbe würde nicht geschehen sein, wenn ich
mich nicht hinlänglich überzeugt hätte, daß dem Ministerium daraus eine Kri-
se, die ich überall zu vermeiden mich bestrebe, nicht erwachsen könne. Dieser
Entschluß, mit mir durchaus im Einklang zu bleiben, wird mich jedoch nicht ab-
halten, dem Ministerium nach wie vor meine Hülfe und Unterstützung ange-
deihen zu lassen.

Man geht zur Tagesordnung über. An derselben ist die Berichterstattung
über den Antrag des Abgeord. Reuter, betreffend die Untersuchung der in der
Provinz Posen in der neuesten Zeit stattgehabten blutigen Ereignisse und deren
Ursachen, und es entwickelt sich über jene eine lange Debatte.

Der Referent Hr. Tüschhaus verliest den Bericht.

Nach diesem geht dann der Antrag der Central-Abtheilung dahin: 1) daß
eine aus 16 Mitgliedern, jedoch mit Ausschluß von Abgeordneten aus der Pro-
vinz Posen, bestehende Kommission zur Untersuchung der seit der März-Revo-
lution daselbst stattgehabten Entzweigungen und blutigen Ereignisse niedergesetzt
werde; 2) daß die hohe Versammlung entscheide: ob zur Zeit die Untersuchung
sich bloß darauf zu beschränken habe, die jenen Ereignissen zum Grunde lie-
genden Thatsachen aus den von der Regierung darüber verhandelten und zu
gewinnenden Akten festzustellen, oder der Kommission bei der Untersuchung in
Betreff der zur Erforschung der Thatsachen anzuwendenden Mittel ganz freie
Hand zu lassen; und 3) daß hiermit gleichzeitig a) das ganze seit der Reorga-
nisation der Provinz Posen Seitens der Regierung beobachtete Verfahren, b)
die diese Provinz betreffenden nationalen Verhältnisse untersucht, und c) die
Mittel angegeben werden mögen, wie ferneren Ausbrüchen der Zwietracht vor-
gebeugt, und ein bleibender Friede hergestellt werden solle. Berlin, den 15.
Juni 1848. Die Mitglieder der Central-Abtheilung: C. A. Wilde. Reich-
sel. Abegg. Parissus. Arnß. Sydow. Tüschhaus. Pinder. v. Arnß.

Zu dem Reuter'schen Antrage sind mehrfältig Amendements, resp. Unter-
amendements, gestellt worden. Dieselben werden unterstützt und zur Diskus-
sion gestellt. So namentlich der Antrag des Hrn. Reichensperger II.: „Die
hohe Versammlung wolle beschließen: daß durch Wahl der Abtheilungen eine
Kommission aus 16 Mitgliedern — jedoch unter Ausschluß von Abgeordneten
der Provinz Posen — mit der Aufgabe niedergesetzt werde, aus den offiziellen

Äkten, um deren Kommunikation das R. Staats-Ministerium zu ersuchen ist, sowie aus den ihr zugehenden sonstigen Nachweisen zu ermitteln, auf welchem Wege in der Provinz Posen ein bleibender Friede zwischen der deutschen und polnischen Nationalität hergestellt und wie die beabsichtigte Reorganisation jener Provinz durchgeführt werden könne; und der des Herrn Müller: „In Betracht, daß das Ministerium, unter dem jene beklagenswerthen Ereignisse stattfanden, abgetreten ist, und die Ermittlung seines Verhaltens bei denselben, wenn es die Untersuchung durch eine Kommission auch ermittelte, doch nur noch ein historisches Interesse böte; in Betracht ferner, daß noch weniger eine Abwägung der dabei stattgehabten Schuld oder Nichtschuld der beiden Nationalitäten nach dem Urtheil jener Kommission, wenn sie auch möglich sich erwiele, — für die Versöhnung derselben ersprießlich erschiene, beschließt die hohe Versammlung: zwar nach dem Antrage der Central-Abtheilung, daß eine aus 16 Mitgliedern, jedoch mit Ausschluß von Abgeordneten der Provinz Posen, bestehende Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse im Großherzogthum Posen zwar ernannt, jedoch ihre Aufgabe dahin beschränkt werde: a) die diese Provinz betreffenden nationalen Verhältnisse zu untersuchen, b) die Mittel aufzufinden und anzugeben, wie ferneren Ausbrüchen der Zwietracht vorzubeugen und ein bleibender Friede herzustellen sei.“

Hr. Tüsch aus fügt seinem obigen Berichte hinzu, daß eine Untersuchung über die blutigen Ereignisse in der Provinz Posen den Frieden nicht herstellen, sondern eher zu neuen Unruhen den Impuls geben würde. Er müsse der Versammlung anheimgeben, vorerst den Bericht des Ministeriums, was es selbst in dieser Beziehung gethan, anzuhören, bevor sie den Antrag des Abg. Reuter annehme und zur Ausführung bringe.

Hr. Reuter deutet darauf hin, daß es sich hier nicht um eine Untersuchung, Behufs Bestrafung, sondern Vermeidung für die Zukunft handle, denn er sei gerade am weitesten davon entfernt, die Leidenschaften entfesseln zu wollen. Er habe geglaubt, daß die Frühlingsrevolution, als sie vor Kurzem „daher brauste“, jeder unterdrückten Nationalität, so auch der Polnischen, Aufschwung verschaffen werde. Mit Lehterer sei dies nicht geschehen, obgleich man ihr die Wiederherstellung zugesagt, vielmehr seien die beklagenswerthen, feindlichsten Scenen vorgefallen. Nicht allein ein historisches, nein, noch ein tieferes, menschlicheres Interesse verpflichte uns, den fortwirkenden, uns selbst schädlichen Ursachen dieses unseligen Zwiespaltes nachzugehen, um ihn zu heben und eine friedfertige Vereinigung herbeizuführen. Er ersuche deshalb die Amendementsteller, ihre Anträge zurückzunehmen, sofern sie nicht mit der von ihm geforderten Kommission eng zusammenhängen. — Endlich aber verwahre er sich gegen die Meinung, er habe das Ministerium in Anklage versetzen wollen, was nie seine Absicht gewesen, zumal eine Verantwortlichkeit des Ministeriums so lange noch nicht in Wirklichkeit existire, bis nicht feststehe, was ein Minister-Verbrechen oder Vergehen sei.

Hr. Reichensperger ist gegen eine solche Kommission, wenngleich er die Sympathien für Polen vollständig theilt. Eine Kommission von unverleglichen Abg. dürfe nur mit dem Staats-Ministerium, nie aber mit Individuen verkehren. Zudem würden gewiß die meisten Kommissions-Mitglieder nicht einmal der Polnischen Sprache mächtig sein.

Präsident Grabow empfiehlt den redenden Theilnehmern an der Diskussion, der Uebersicht wegen, sich an drei Punkte zu halten: 1) Soll eine Kommission gebildet werden? 2) mit welchen Aufträgen? und 3) in welcher Form soll sie ihren Auftrag ausführen?

Hr. Bauer (aus Krotoschin) erklärt, daß er sich der Abstimmung über die vorliegende Frage enthalten müsse. Es sei ihm schmerzlich gewesen, alle Wunden aufgerissen zu sehen, über die man füglich einen Schleier hätte decken sollen.

Hr. Pohle ist gegen den Antrag, wenngleich auch er die Wiederherstellung Polens wünscht, weil die Versammlung mit Ernennung jener Kommission ihre Kompetenz überschreite. Außerdem sei die Arbeit zu groß für die Kammer, deren Hauptaufgabe, die Bildung einer Verfassung, man keinen Augenblick aus den Augen verlieren dürfe.

Hr. Richter spricht für die Bildung einer Kommission. Das Ministerium müsse sich nun, da es selbst ein neues sei, nicht der alten Organe bedienen; so lange dies geschähe, dürfe die Kommission unter den dortigen Männern die Beamten nicht hören.

Hr. Wolff spricht sich speciell gegen den Reuter'schen Antrag aus, bei dem er das bestimmteste, klare Ziel vermisst. Im Uebrigen sei er jedoch einer derartigen Kommission, wenn auch nach anderen Principien gebildet, nicht entgegen. Diese dürfe jedoch nicht eher existiren, bis, durch die Verfassung, überhaupt das Verhältniß der Deutschen und Polnischen Preußen festgestellt worden. (Allgemeine Unaufmerksamkeit.) Die Kommission müsse aber jedenfalls das Recht haben, die betreffenden Unterbehörden für ihre Zwecke zu requiriren.

Hr. v. Unruh tritt dem bei. Es handle sich nur darum, ob die, welche jetzt noch die unfriegen seien, es auch bleiben würden; eine Untersuchungs-Kommission könne doch nur eine Rechtfertigung oder einen Tadel gegen die Regierung aussprechen.

Hr. Buchmann ist gegen den Antrag. Die Preußen hätten Polen wiederholt, das eine Mal mit den Waffen, das andere Mal durch die Intelligenz erobert (Lärm, links), sie seien nicht Einwanderer, sondern, mit der Länge der Zeit, Eingeborne geworden. Durch Einführung der verprochenen Gemeinde-Ordnung würde sich das deutsche von dem polnischen Elemente leicht und schmerzlos sondern. (Lärm. Redner wird unterbrochen und muß abtreten.)

Hr. Seyne ist für die Errichtung der Kommission mit den ausgedehntesten Vollmachten, ebenso Hr. v. Kirchmann, der hervorhebt, daß man vor der Größe der Arbeit nicht zurückbeben dürfe, zumal die Kommission kein Gerichtshof, sondern nur eine Schöpferin der Wahrheit sein solle, und Hr. v. Potzkywinski, welcher die Kommission um deshalb wünscht, weil die Regierung wegen ihrer Unbekanntheit mit den Verhältnissen nicht im Stande sei, die polnischen „kranken“ Zustände zu heilen.

Hr. Baumgartel zielt auf das „unglückliche System der Staatsfickerei“ hin, welches die Disposition auf eigenem Gebiete oft halb unmöglich mache. — Eine wahrhafte Einigung und Ausöhnung zwischen Preußen und Polen sei gar nicht denkbar, wenngleich man sich gegenseitig achte, ja, politische Bündnisse schließen könne. Deshalb wird auch eine Ausgleichung der Nationalitäten durch die Kommission nicht erfolgen, weshalb er sich gegen eine solche aussprechen müsse.

Hr. v. Berg spricht für den Antrag, indem er Gerechtigkeit für eine unterdrückte Nationalität fordert, deren Unterdrückung das jetzige Geschlecht allerdings nicht verschuldet habe. Aufklärungen seien bereits gegeben, aber von wem? von Deutschen! (Ruf: „auch von Polen.“) Er sei weit entfernt, seinen deutschen Brüdern hierbei Parteilichkeit vorzuwerfen, aber das beklagen ja eben die Polen, daß sie von Beamten regiert worden, welche ihre Sprache, ihre Religion nicht kennen. Man habe jüngst oft von fanatischen Ausbrüchen gesprochen, diese seien natürlich, wenn man glaube, der Religionsfreiheit beraubt zu sein. (Murren.) Wehe freilich dem Volke, das noch nichts anders unter Freiheit, wie eben Religionsfreiheit verstehe! Man habe der katholischen Geistlichkeit Eingriffe vorgeworfen, aber wo finden sich Beweise? (Unterbrechung. Ruf: „Und die Schrift des Erzbischofs?“) Auch die habe er gelesen, aber nichts Beswerendes darin gefunden. (Ruf: Unparteilich zu Werke gehen!) Er könne hierbei unmöglich unparteilich sein. Die Provinz, in der er lebe (Rheinland), sei nur von den Fluten der Bewegung nicht fortgerissen worden, weil sie eine kernige, kräftige deutsche Bevölkerung habe. Jetzt wolle man nun nationale Reorganisation Posens eintreten lassen, aber Niemand sei sich darüber recht klar geworden. Man habe die in Polen lebenden Deutschen in den deutschen Bund aufgenommen. Denselben Anspruch hätten dann auch die deutschen Einwanderer Amerika's (Heiterkeit). Die Untersuchungs-Kommission müsse, wenn sie zum Ziele kommen wolle, die ausgedehntesten Vollmachten erhalten, sie werde ihre Mitglieder nicht aus denen dieser Versammlung nehmen können, aber Männer des vollen Vertrauens wählen müssen, denn ohne jene Vollmachten werde man nur neuen Zwist anrichten, da die bestehenden Behörden das Vertrauen vielfach nicht besitzen. Man solle überhaupt das Verfassungswerk lieber aufschieben, als sich nicht gehörig unterrichten. Hr. Kühnemann will nochmals auf sein beseitigtes Amendement zurückkommen, wird aber damit abgewiesen. Hr. Reichel hält die Einsetzung der Kommission für um so nothwendiger, als man die Verfassung nicht feststellen könne, ohne zu wissen, wer eigentlich zum Preussischen Staate gehöre. (Schluß! Schluß!) Präsident: Der Ruf zum Schluß werde mehrfältig laut; er müsse darüber jetzt einen Beschluß herbeiführen. Stimmen: Wie viel Redner sind noch zu hören. Im Ganzen noch zehn. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird verworfen. Hr. Pohle spricht gegen den Antrag der Kommission, Hr. Bloem dafür, weil die Einsicht der Ministerial-Akten höchstens zu einem einseitigen Urtheile führe. Polen wolle nicht von Preußen getrennt sein: das wisse er von seinen Freunden der Linken. Das deutsche Volk habe leider! einen schroffen Gegensatz zu den Polen gebildet; doch er habe sich versprochen; nicht das Volk, sondern die Staatsmacht, welche froh gewesen, hier und da ein Lappchen Land zu erhaschen. Bisher seien die Völker nach dem Sachenrechte behandelt worden, und jetzt erst werde das Personenrecht auf sie angewandt. Das System, welches die Völker geküchtet, habe diese Widersprüche, ganz gegen den Volkswillen, geschaffen. Lasse man daher Polen volle Anerkennung zukommen, dann könne es die Deutschen nicht mehr hassen, ja es werde sich ihnen, den östlichen Horden entgegen, welchen es sich sonst vielleicht in die Arme werfe, freudig anschließen. Da selbst die deutschen Mitglieder der Provinz Posen die Niederlegung der Kommission gewünscht, so möge man die Mittel in dem reichsten Maße gewähren. Der Anspruch „linis Poloniae“ sei richtig, wenn man sich ein zusammengestücktes Polen, welchem die Achtung der Völker fehle, denke, unrichtig, wenn es einem Polen gelte, in welchem die Polen frei seien. Ein solches Polen möge kein Ende finden; gebe ihm die Versammlung heut einen Anfang. (Bravo zur Linken.)

Hr. Schmidt (Ezarnikau) erklärt, daß den Deutschen Posens nur daran liegen könne, die Wahrheit zu ergründen. Die Deutschen haben nichts von der Untersuchung zu fürchten: mögen die Polen dasselbe von sich behaupten können. Hr. Neumann (Posen) ist gegen den Antrag der Kommission, obwohl für die gründlichste Erörterung, welche indeß auch ohne Kommission, ja noch auf kürzerem Wege erreicht werden könne. Die Regierung und die Polen haben Denkschriften veröffentlicht; vieles, was noch zu sagen, fehle jedoch in denselben. Da fast sämtliche hier anwesende Abgeordnete der Provinz Posen bei den jüngsten Vorfällen theilhaftig seien, so möge die Sache in dieser Versammlung durch Discussion erledigt werden. Hr. Sommer: Man wisse, wie Polen behandelt worden, dies gehe diese Versammlung nichts an (Gelächter). (Der Redner sprach so leise, daß man ihn nicht mehr verstehen konnte und sein Vortrag durch den anhaltenden Ruf: „laut!“ vollends überdeckt ward.)

Der Minister-Verweser des Innern Kühlwetter: Ich enthalte mich, die materiellen Seiten der Posener Reorganisations-Angelegenheiten zu berühren, denn so sehr die Regierung auch bisher erkannt hat, wie wichtig die Frage sei, so sehr hat sich auch das Material und zwar dergestalt gehäuft, daß mir selbst dessen Sichtung bisher unmöglich gewesen, ich also auch allen Fragen nicht gerecht werden könnte. Ich beschränke mich zuerst auf die Frage, ob eine Kommission niederzulegen sei, welche die verschiedenen, von ihr in Anspruch genommenen, Befugnisse ausüben solle? Dem Minister kann es nur angenehm sein, wenn sich, ihm zur Seite, Kommissionen aus dieser Versammlung bilden und ihm Erleichterung gewähren, ja die Regierung wird gern jede Aufklärung annehmen. Wir sind über die Zeit hinaus, wo man geglaubt, daß in den Behörden und ihren Organen allein die Weisheit sitze. (Beifall.) Gern werden wir die richtige, wahre öffentliche Meinung anhören, und sie kann sich gar nicht besser als durch die Vertreter des Volkes kundgeben. Vielleicht hätte die Regierung sich ohne den Reuter'schen Antrag selbst die Einsetzung einer derartigen Kommission erbeten. Dies im Allgemeinen über die Bildung der Kommission. Was nun deren Aufträge und Thätigkeit betrifft, so glaube ich versichern zu dürfen, daß man auch dabei nicht ängstlich zu sein brauche. In Betreff der Aufklärungen und Information wird das Ministerium die Kompetenz nicht abwägen. Man kann in dieser Beziehung zwar zu weit gehen, der Weisheit der Kommission bleibe es jedoch überlassen, ob sie das Verfahren der Regierung einer Prüfung unterwerfen will. Die Regierung scheut die Öffentlichkeit nicht, und auch ich werde, so lange mir die schwere Bürde aufliegt, alle meine Handlungen so einrichten, daß sie an die Öffentlichkeit treten können. (Bravo.) Wenn dagegen bemerkt worden, daß die eingezogenen Berichte nur von Beamten und zwar des alten Systems, herrühren, so muß ich, wenn auch gegen einzelne Beamte Etwas vorliegen sollte, doch den Stand in Schutz nehmen, er darf nicht herabgewürdigt werden. Auch

einer andern Aeußerung muß ich begegnen, daß nämlich Verbrecher unbestraft geblieben. Wenn Jemand derlei unbestrafte Verbrecher kennt, so möge er Anzeige machen. Sollten Parteihäupter wirklich begünstigt worden sein, so bringe man diese Einzelfälle zur Sprache. Die schwierigste, bedenklichste und deshalb der gründlichsten Behandlung bedürftige Frage bei der ganzen Angelegenheit aber, betrifft die Formen, in welchen die Kommission verhandeln soll. England bietet hierfür einen Vorgang, aber auch der Art. 40 der Belgischen Verfassung bewilligt den Kammern das *droit d'enquête* *), ohne dieses Recht jedoch näher zu erläutern; es ist vielmehr der allgemeinen Organisation überlassen. Der wahre Staatsorganismus aber besteht darin, daß die Staatsgewalten gegenseitig nicht übergreifen, die richterliche, gesetzgebende und vollziehende Gewalt also in ihren Grenzen bleiben. (Der Redner erörtert nun die belgische Praxis näher.) Ohne einen Akt der Gesetzgebung kann die Mitwirkung der höchsten Staatsgewalt nicht ausgeschlossen werden. Zu einem solchen Ausnahmegezet liegt aber gegenwärtig kein Anlaß vor. Die größte Bereitwilligkeit des Ministeriums, alle Materialien und Akten zu liefern, biete ich nochmals an, und dabei wird es sich auch zeigen, ob lediglich Beamte die Berichte gemacht, oder ob sich nicht noch andere Aufschlüsse vorfinden. Direkte Aufforderungen der Kommission an die Behörden kann das Ministerium nicht zulassen, und sie möge daher mit letzteren zusammen wirken. Will die Kommission aber allein wirken, so wird sich fragen: ob sie auch die Verantwortlichkeit übernimmt? Diese kann aber der unverlegliche Abgeordnete nicht tragen, denn Freiheit ist nicht gleichbedeutend mit Unverleglichkeit und letztere nicht vereinbar mit der Unverantwortlichkeit. (Bravo zur Rechten.)

Hr. v. Berg macht die persönliche Bemerkung, daß er keinen Stand schmähen gewollt. Hr. Reichensperger verliest einen Zusatz zu seinem Amendement. Hr. d'Estier spricht gegen das letztere, gegen den Minister des Innern und für den Kommissionsantrag. Man habe es freilich mit einer erbitterten Bevölkerung zu thun, sie habe eine andere Nationalität und dergl. m. Man sagt aber auch, der Czar wolle ein neues Polnisches Reich gründen. Eilen wir daher Gerechtigkeit zu üben, ehe es zu spät werde. Uebrigens könne die Kommission zur Abhörnung von Zeugen schreiten; er und noch ein Mitglied dieser Versammlung (Borchard) seien, weil sie zur Feststellung einer Thatsache Zeugen abgehört, in Untersuchung gerathen, aber durch zwei Erkenntnisse freigesprochen worden. Justiz-Minister Maercker: Der Redner hat gesagt, es scheie jedem Privatmann zu, Zeugen zu vernehmen. Es sei jedoch ein großer Unterschied zwischen Einziehung von Erkundigungen durch Privatpersonen und amtlichen Ermittlungen durch die Behörde. Der Privatmann könne z. B. nie einen Eid abnehmen. (Auf zum Schluß, welcher letztere endlich ausgesprochen wird.) Hr. Reuter schließt als Antragsteller die Debatte.

Der Präsident wiederholt nun den Gehalt derselben, des Kommissionsantrages wie aller Amendements und nimmt, mit Zustimmung der Versammlung, Alles in die nachfolgenden Fragen auf. Hr. Jolkowski will, daß statt „Provinz“ „Großherzogthum Posen“ gesetzt werde, weil ein solches noch bestünde. Die Versammlung hält aber den Ausdruck: „Provinz“, nach dem Vorschlage des Präsidenten, aufrecht. Die erste, also lautende Frage: Soll zur Untersuchung der Zustände der Provinz Posen, seit der, unter dem 22. März c. verheißenen Reorganisation derselben, eine Kommission aus Mitgliedern der National-Versammlung gebildet werden? wird fast einstimmig bejaht, ebenso die weitem vier Fragen, nämlich: 2) Soll sie aus 16 Personen bestehen? 3) Soll sie aus den 8 Abtheilungen dergestalt hervorgehen, daß jede Abtheilung 2 Mitglieder wähle? 4) Sollen die Abgeordneten der Provinz Posen ausgeschlossen sein? Die nächsten Fragen, und zwar: 1) Soll die Kommission die Ursachen und Gründe erforschen, welche die Entzweiung und die blutigen Ereignisse unter den Bewohnern polnischer und deutscher Nationalität herbeigeführt haben? 2) Soll sie das ganze, seit der verheißenen Reorganisation der Provinz Posen beobachtete Verfahren der Regierung und deren Beamten untersuchen und prüfen? 3) Soll sie die, diese Provinz betreffenden nationalen Verhältnisse untersuchen? 4) Soll sie die Mittel erforschen und angeben, wie ferneren Ausbrüchen der Zwietracht vorzubeugen und bleibenden Frieden herzustellen sei? 5) Soll sie ermitteln, wie die beabsichtigte Reorganisation der Provinz Posen durchzuführen sei? werden gleichfalls bejaht. Die folgenden Fragen sollen die Befugnisse der Kommission feststellen, und die erste Frage lautet hierbei: „Soll der Kommission in Ausführung ihrer Aufträge ganz freie Hand gelassen werden?“ Hr. Reichenbach und Hr. Weichsel verlangen namentliche Abstimmung, und da dieser Antrag hinreichende Unterstützung findet, so wird, nach einem zuvor beseitigten Einspruche, zum Namensaufruf durch den Schriftführer Schneider geschritten und mit dem Buchstaben D begonnen. Während desselben erhebt sich, da Hr. Pohle sich der Abstimmung enthält, eine längere Zwischendebatte darüber, ob ein anwesender Abgeordneter dazu berechtigt sei. Die Versammlung gesteht dieses Recht zu, von welchem auch Hr. Bauer (Krotoschin) Gebrauch macht. Eine zweite Debatte erhebt sich darüber, ob Abgeordnete, nachdem ihr Name aufgerufen, noch später ihre Stimmen, wie dies Hr. Pilet und Minister Sanseman gethan, abgeben können. Auch dies wird für unbedenklich erklärt.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist folgendes: Mit Ja haben 195, mit Nein 170 gestimmt; die Frage ist also bejaht. Von den Berliner Abgeordneten haben die Herren Berends, Jacobi, Jung, Waldeck und Zacharias mit Ja, Dunker, Jonas, v. Kirchmann, Bauer und Sydow mit Nein gestimmt. Ferner haben u. A. die Herren v. Schön und Temme mit Ja, sämtliche Minister, welche Abgeordnete sind, die Herren Uhlich, Grabow, Dr. Kosh, v. Auerwald und Robbertus mit Nein gestimmt. Der Präsident erklärte, daß damit alle weiteren Fragen gefallen seien. Dagegen erhebt sich Hr. v. Unruh, welcher spezielle Grenzen für das freie Schalten eingehalten wissen will, Hr. Arns, welcher glaubt, daß mit der ersten Frage noch nichts entschieden sei, da die Kommission den Gesetzboden nicht verlassen, daher also keine Zeugen u. s. w. vorfordern könne. Hr. Temme meint, daß nach Bejahung der ersten Frage der Gegenstand allerdings erledigt sei, denn die Kommission habe sich nur an die Ministerien zu wenden, damit diese ihr die Behörden zur Verfügung stellen. Hr. Waldeck hält die Sache jetzt auch für erledigt. Darüber, ob die folgenden Fragen noch zur Abstimmung kommen müssen, erhebt sich ein Streit, während dessen die Mitglieder

*) Der Art. 40. lautet: „Jeder Kammer steht das Recht gerichtlicher Untersuchung (*droit d'enquête*) zu.“

der der äußersten Linken insgesamt den Saal verlassen. Die Versammlung beschließt demnach, noch über folgende Fragen abzustimmen: 1) Soll die Kommission nur befugt sein, ihre Ermittlungen auf den Grund der zu erfordernden Akten des Staatsministeriums anzustellen? Verneint. 2) Soll sie die, von dem Ministerium zu dem Ende anzuweisenden Behörden zum Zwecke der ihr nöthig scheinenden Ermittlungen requiriren? Bejaht. 3) Soll die Kommission auch sonst ihr und durch die Staatsbehörde zugehende Mittheilungen berücksichtigen? Bejaht. 4) Soll sie sich an Ort und Stelle begeben, Zeugen und Sachverständige vernehmen dürfen? Verneint. — Damit war der Gegenstand erledigt.

Ministerpräsident v. Auerwald macht nun folgende Mittheilung über Preußens Verhältniß zu dem deutschen Vaterlande:

Das Ministerium habe gleich bei seinem Antritt Deutschlands Angelegenheiten zum Gegenstande seiner ernstesten Aufmerksamkeit gemacht und auch die wichtigsten Erscheinungen der letzten Tage gleich beim Entstehen erkannt. Die Regierung habe dabei ihre Stellung so aufgefaßt: Sie sei in gleichem Maße, wie die Deutsche National-Versammlung, von der Schaffung einer vorläufigen Central-Exekutivgewalt durchdrungen, sie theile die Ansicht, daß der Reichsverweser der Träger solcher Gewalt und der Erzherzog Johann von Oesterreich der rechte Mann des Vertrauens sei. Das zeige ja das durch die Wahl des Volks bethätigte Verhalten. Die Regierung hoffe, daß der Erzherzog das Amt annehme; sie finde nichts dagegen zu erinnern, daß ihm als Reichsverweser alle die Attributionen, wie sie die National-Versammlung ausgesprochen, beigelegt werden; sie setze freilich voraus, daß die National-Versammlung in Frankfurt ihr Einverständnis über Krieg und Frieden nicht an vorgängige Beschlüsse binde, weil dies in jetziger Zeit verderbliche Folgen haben könne. Wenn übrigens die deutsche National-Versammlung die Beschlüsse über die Centralgewalt ohne Zuziehung der Regierungen gefaßt habe, so verkenne die Regierung des Königs, gleich der National-Versammlung, nicht, daß in diesem Falle, wegen des Dranges der Umstände, die größte Eile nothwendig gewesen; die Regierung zweifle indeß auch keinesweges daran, daß aus diesem außerordentlichen Falle keinerlei Konsequenzen für die Zukunft gezogen werden. Die Regierung gehe von der Ansicht aus, daß das Werk der Eintracht durch den Geist der Eintracht wachse. Wenn wir ein Haus bauen, so bauen wir es in Eintracht, denn wir wollen, daß es bestehe und den Stürmen troge. Die Geschichte wird über uns Alle zu Gerichte sitzen. Mögen wir einst wissen, wer wir waren. Möge man auf unsern Grabsteinen dereinst lesen: „Er lebte 1848 und war ein Sohn Deutschlands.“ (Bravo.)

Präs. Grabow: Wir Alle begrüßen die Wahl des Reichsverwesers und die dazu erfolgte Genehmigung der Regierungen als den ersten Grundstein eines einigen, festen Bundesstaates. Die Versammlung möge als äußeres Zeichen ihrer Beistimmung sich erheben. Die Versammlung erhob sich und unter dem dreifachen Jubelrufe: „Deutschland hoch!“ schloß die Sitzung um 4½ Uhr. (Beginn der nächsten: Freitag am 7. d. M. Vorm. 10 Uhr.)

Der Redaktion der Kölner Zeitung ist folgendes interessantes Schreiben zugegangen, das wir auch unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Es lautet in der Uebersetzung folgendermaßen:

Herr Redakteur! Sie gebrauchen in Ihren Artikeln gegen Rußland einen Ton der Verflügung, den ich zu rügen verpflichtet bin. Es ist wahr, dieser Ton ist niedrig und der pöbelhaften Sache würdig, zu deren Verfechter Sie sich in einem niedrigen Interesse aufwerfen; aber es schadet sich sehr gut für Sie und Ihre berückigte Partei, mit Unehierbarkeit von der besten und tapfersten Armee des Weltalls (univers) zu sprechen, einer Armee, der Sie 1813 zu Füßen gekrochen waren, und deren Heroen es verstanden haben, Sie von dem Despotismus zu erretten, der damals auf Ihrem jammervollen Lande ruhte. Das alles scheinen Sie vergessen zu haben. Aber zu seiner Zeit werden jene Conversations-Offiziere Sie zur Ordnung zu bringen und für Ihre Undankbarkeit zu bestrafen wissen. Die Barbaren werden Ihnen in einer wahrscheinlich nahen Zukunft beweisen, daß Sie noch immer die Leute sind, die bei uns mit Recht als „Bratwurst-Fabrikanten“ betrachtet und als solche von unserer achtbaren Bevölkerung behandelt werden. Meinen Gruß!

Leipzig, den 14. Mai, 25 Juni. [?]

Zwan Zwanowicz.

Für den hier folgenden Theil ist die Redaktion nicht verantwortlich.)

Auf den No. 1. Seite 3. abgedruckten Vortrag des Herrn Hassenkrug: amtliche Entgegnung.

Ein Versprechen, die Exekutionen bei Handwerkern auf einige Monate auszusetzen, ist von mir Niemandem gegeben; es liegt auch außer meiner Amtsbefugniß. Die Mittheilung über eine Verfügung an die Exekutoren ist thatsächlich eben so unrichtig. Posen, den 6. Juli 1848.

Der Land- und Stadtgerichts-Direktor Grassunder.

Merkt Du, Leser, wie sich der polnische Einsender des gestrigen Inserats zu Schanden ärgert, daß die Deutschen hier wirklich deutsch sind; daß die Posenener Zeitung deutsch ist, und wie er, um seinem Aerger nur irgend Luft zu machen, schweres Geld an die deutsche Zeitungs-Expedition zahlen muß? — Ich denk', Leser, Du bist zufriedengestellt! —

Ein Bürgerwehrsmann.

An den die Bürgerwehr anklaffenden Anonymus fraglicher Nationalität.

Wenn Dich des Lästlers Zunge sticht,
So laß es Dir zum Troste sagen:
Die schlechtesten Früchte sind es nicht,
Voran die Wespen nagen.

Mehrere Bärwürger.

Markt-Bericht.

Berlin, den 5. Juli.

Weizen 46 à 50 Rthlr., Roggen 27 à 30 Rthlr., Gerste 23 à 21 Rthlr.,

Hafer 16 à 18 Rthlr. — Rüböl 9½ à 9¾ Rthlr. — Spiritus 16½ Rthlr. Stettin, den 3. Juli.
Weizen ist fortwährend sehr wenig zu haben und bleibt fest, 124 — 129 — 130 Pfd. (85 — 86 b's 90 bis 91 Pfd. pr. Eshl., gelber auf 43 à 48 Rthlr. gehalten, 42 à 46 Rthlr. bei kleineren Parthien bez. Roggen dagegen ist merklich flauer, in loco schwere Waare von 86 — 88 Pfd. pr. Eshl. gegen Ende voriger Woche 27 à 28 Rthlr. bez., seitdem 84 Pfd. wieder zu 25 Rthlr. gekauft,

heute noch 26 à 28 Rthlr. nach Qual. und Gewicht gefordert, dieser Preis aber nicht zu machen, pr. Sept./Okt. bis 27½ Rthlr. bez. und dazu zu haben. Gerste, große, augenblicklich wieder nicht am Markte, für kleine 19 à 20 Rthlr. gefordert. Hafer nach Qualität 14 à 16½ Rthlr. Koch=Erbsen 31 à 35 Rthlr. ohne Umsatz.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Bei **Gebrüder Scherf** in Posen, Markt- und Franziskanerstraßen-Ecke ist so eben in Kommission erschienen:

Die Berliner Revolution
des 18. und 19. März

vom
sittlichen Standpunkte betrachtet.
Beweis

daß dieselbe den vorangegangenen Regierungs-Maßregeln als notwendige Folge entspringen mußte und keine Revolution des Pöbels war.

Rede,
gehalten im „politischen Verein“ zu Posen,
am 27. Juni 1848.

von
Carl v. Heugel.
Preis: 2 Sgr.

Bekanntmachung.

Es werden:

- a) in dem Parlinker Forst-Revier, Kreises Mogilno, eine Weide-Abfindung,
- b) in dem Polnisch-Dammer und Szymonowor Forst-Revier, Kreises Kröben, eine Weide-Abfindung,
- c) in der Detschaft Sulin, Kreises Gnesen, eine Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und eine Gemeintheilung, und
- d) für den polnischen Stadttheil in Zduny, Kreises Krotoschin, eine Weideregulation in den Forsten der Güterherrschaft Baskow und Zduny, in unserm Ressort bearbeitet.

Alle etwanige unbekannte Interessenten dieser Angelegenheiten werden hierdurch aufgefordert, sich in dem auf

den 31sten August 1848 Vormittags
11 Uhr

hier selbst in unserm Partheizimmer anberaumten Termine bei dem Herrn Regierungs-Assessor Suttinger zur Wahrnehmung ihrer Gerechtsame zu melden, widrigenfalls sie diese Auseinandersetzungen, selbst im Falle der Verlegung, wider sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Posen, den 27. Juni 1848.

Königlich Preussische General-Kommission für das Großherzogthum Posen.

Höherem Befehle zufolge sollen Montag den 10ten Juli c. früh 9 Uhr auf dem Wilhelmsplatz hier selbst circa 10 Stück Deutepferde gegen gleich baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Weder für innere noch äußere Fehler wird garantirt.

Posen, den 2. Juli 1848.

v. Schimmelfennig.
Major 7ten Husaren-Regts.



Stargard-Posener Eisenbahn.

14ten Juli.

Eröffnung der Strecke von Wronke bis Samter.
Täglich Abfahrt von Samter, Morgens 9 Uhr 45 Minuten.

Tägliche Ankunft in Samter, Abends 6 Uhr 5 Minuten.

Der Fahrplan für die bereits bis Wronke eröffnete Strecke bleibt unverändert, und stehen die Fahrten zwischen Wronke und Samter damit in unmittelbarem Zusammenhange.

Stettin, den 1. Juli 1848.

Directorium
der **Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.**

Masche. Krassinet. Hartwich.

Ein guter Koch, unverheirathet, findet sogleich ein Unterkommen. Zu erfragen, Posen, Wasserstraße No. 27.

Die wegen der hier stattgehabten Unruhe unterbrochenen Vorträge müssen noch bis nach Beendigung der jetzigen Schulferien ausgesetzt werden. Dies theilen wir den geehrten Mitgliedern des unterzeichneten Instituts mit dem Bemerkten mit, daß der neue cursus Anfangs August wieder beginnen wird und daß bereits dafür gesorgt ist, daß die künftigen Vorträge dem allgemeinen Wunsche entsprechend, sowohl belehrend als unterhaltend sein werden.

Das Comité des Israelitischen Handlungsdiener-Instituts.

Beachtungswerthe Anzeige.

Am Wilhelmsplatz Nr. 15. werden von heute ab, wegen gänzlicher Aufgabe einer Tuch- und Tapissierewaren-Handlung zum Einkaufspreise alle noch darin vorhandenen Waaren, bestehend

in verschiedenen angeschnittenen Tuchen, Cords, Buckskins und Satins, so wie Berliner Sticks, Zephir- und Castor-Wolle in allen gangbaren Farben, Metall- und Glasperlen, Stickenille, Näh- und Cordonseide, seidenen, halbseidenen, baumwollenen und leinenen Canavas, Stricks, Näh- und Stickenadeln, fertigen Börsen, verschiedenen angefangenen und fertigen Stickereien, so wie eine große Auswahl Stickmuster, billigs verkauft, wozu ergebenst einladet

Eduard Vogt.

Allen Herrschaften empfiehlt sich zur Nachweisung verschiedener Dienstboten mit guten Zeugnissen das Miethsbureau von D. Kareski, Markt No. 82. im Kaufmann Vinderschen Hause.

Wilhelmstraße No. 25. ist von Michaelis d. J. ab ein geräumiger Laden zu vermieten.

Kanonienplatz No. 9 ist die Parterre-Etage links, so wie desgl. die Bel-Etage, beide mit tapezirten Vorderzimmern, mit oder ohne Stallung, von Michaelis c., so wie die Parterre-Wohnung No. 8. in dem Hause neben an so gleich, oder auch zu Michaelis c. zu vermieten. Das Nähere daselbst No. 8. Bel-Etage.

Am Neustädter Markt No. 5 und 6 und Königsstraße No. 21. sind große und kleine Wohnungen zu vermieten. Das Nähere alter Markt No. 43.

Wilhelmstraße No. 9 ist eine Wohnung, bestehend in einem Zimmer nebst Cabinet, zu vermieten und sofort zu beziehen.

Es sind Wilhelms-Platz No. 1. sofort folgende Wohnungen zu vermieten:

Namen der Kirchen.	Sonntag den 9ten Juli 1848 wird die Predigt halten:		In der Woche vom 30sten Juni bis 6ten Juli 1848 sind:				
	Vormittags.	Nachmittags.	geboren:	gestorben:	getraut:		
Kirchen.			Knaben.	Mädch.	männl. weibl. Geschl. Geschl.	Paare:	
Evangel. Kreuzkirche.	Hr. Pastor pr. Hertwig	Hr. Pred. Friedrich	1	1	4	5	—
Evangel. Petri-Kirche.	Conf. R. Dr. Siedler	—	1	2	1	—	—
Garnison-Kirche.	Div.-Pred. Simon	—	—	—	3	—	—
Kirchenlokal der evangel. luth. Gemeinde	Pastor Dr. Franke	Pastor Dr. Franke	—	—	—	—	—
Im Vetsaal der christl. tholischen Gemeinde	Prediger Post	Hr. Pred. Post	1	—	—	—	1
St. Walbert-Kirche.	Manf. Protokop	—	1	2	—	1	—
St. Martin-Kirche.	—	—	—	—	—	—	—
Deutsch-Rath. Succursale	—	—	—	—	—	—	—
Dominit. Klosterkirche.	—	—	—	—	—	—	—
Kl. der barmh. Schwest.	—	—	—	—	—	—	—
Summa.			5	7	8	7	2

- 1) nach dem Wilhelms-Platz 3 Treppen hoch;
- 2) möblirte Wohnungen, jede Stube und Cabinet.
- 1 Wohnung von 2 Stuben, 1 Cabinet, Küche, Keller.
- 2) in der Dachetage nach der Wilhelms-Strasse 2 Treppen hoch:
- 1 Wohnung von 3 Stuben, 1 Cabinet, 1 Küche Keller, Boden, u.

Breslauer-Strasse No. 37. ist ein kleiner Laden nebst mehreren kleinen Wohnungen vom 1. October d. J. ab zu vermieten. Freundt.

Heute Sonnabend den 8. Juli:

Gung'sches Konzert
im Hildebrandtschen Garten.

Sonnabend den 8. Juli:

Großes Konzert

im Odeum,

ausgeführt durch das Musikchor des Leib-Inf.-Reg. Das Nähere durch Anschlagzettel. Entrée à Person 5 Sgr. Anfang 5 Uhr. Ende 9 Uhr. Piefke, Musikdirector.

Berliner Börse.

Den 5. Juli 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine.	3½	72½	71½
Seehandlungs-Prämien-Scheine.	—	—	85½
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen.	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe.	3½	—	75½
Grossh. Posener	4	—	88½
Ostpreussische	3½	—	74½
Pommersche	3½	—	—
Kur- u. Neumärk.	3½	88½	87½
Schlesische	3½	—	88½
v. Staat garant. L. B.	—	78	77
Preuss. Bank-Antheil-Scheine.	—	13½	13½
Friedrichsd'or	—	12½	12½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	—	5½
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	—	—	80½
Prioritäts.	4	80½	79½
Berlin-Hamburger.	4	—	—
Prioritäts.	4½	85½	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	—
Prior. A. B.	4	—	—
Berlin-Stettiner	5	—	76½
Cöln-Mindener.	3½	80½	79½
Prioritäts.	4½	86½	85½
Magdeburg-Halberstädter	4	84½	83½
Niederschles.-Märkische	3½	—	65
Prioritäts.	4	—	76
"	5	—	88½
"	5	—	81
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	76	75
B.	3½	76	75
Rheinische	—	—	46½
Stamm-Prioritäts.	4	57½	56½
Prioritäts.	4	—	—
" v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	48	47
Prioritäts.	4½	—	75½